



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Dienstag, 3. Mai 2022
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:30 Uhr
Teil:
Sitzungsende öffentlicher Teil: 20:40 Uhr
Ort: Saal der Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas	
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline	
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd	
Gemeinderat	Beck Josef	
Gemeinderat	Bell Bernhard	
Gemeinderat	Elbert Andreas	
Gemeinderätin	Gläßel Marita B.	
Gemeinderat	Günther Sven	
Gemeinderat	Hofmann Reinhold	
Gemeinderat	Lang Johannes	
Gemeinderat	Mödl Maximilian	ab lfd. Nr. 164 anwesend
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana	
Gemeinderat	Seefried Holger	
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg	
Gemeinderat	Stoll Marcus	

Schriftführer/-in:

Schriftführerin Heike Thoma, GLBin

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Ehrung eines Feldgeschworenen
02.	Bürgerfragestunde
03.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
04.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.04.2021 (öffentlicher Teil)
05.	Ergänzung der Tagesordnung: Fortschreibung des Änderungsantrags zur Baugenehmigung einschl. Fortschreibung der Kostenberechnung: Änderungsantrag zu BG-2019-536: Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten <ul style="list-style-type: none"> 1. Erhalt und Umbau der vorhandenen Dachgauben anstelle von Dachliegefenstern 2. Abbruch von Natursteinmauern und Neuerrichtung von massiven Außenwänden mit Wärmedämmverbundsystem 3. Lageänderung von Absturzsicherungen 4. Lageänderung des Pelletlagers
06.	Antrag auf Verlegung der Bürgerfragestunde der Fraktion SPD & Parteifreie Bürger
07.	Erhöhung der Hebesätze <ul style="list-style-type: none"> - Grundsteuer A und B - Gewerbesteuer
08.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 17.03.2022, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
09.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
09.01	Information: KfW-Zuschuss für die KITA Theilheim
09.02	Information: Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten - Einzug der Asphaltdecke im unteren Teil der Winterleitenstraße am 16. Mai 2022
09.03	Information: Terminierung Juni- Sitzung 2022
10.	Fragen aus dem Gemeinderat
10.01	Vandalismus-Vorfälle in der Gemeinde
10.02	Skaterplatz: Anbringen eines Aschers
10.03	Spielplatz am Friedhof: Abfallbehälter
10.04	Skaterplatz
10.05	Veröffentlichung von Sitzungsterminen in der Presse
10.06	Sitzungsort Gemeinderatssitzungen
10.07	Wasserdruck Spitzweg
10.08	Reparatur einer Straßenfläche im Rahmen der Baumaßnahme Wasserleitung Bachstraße
10.09	Jakobstalhalle: Defibrillator
10.10	Interims-KITA: Straßenmarkierungen
10.11	Aushangkasten Kilian-Wallrapp-Straße / Dümpfelstraße

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:30 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

TOP 01.	Ehrung eines Feldgeschworenen
Lfd. Nr. 160	

Sachverhalt:

Wegen eines kurzfristigen wichtigen Termins kann die Ehrung des Feldgeschworenen XXXXXXXX für 40-Jahre ehrenamtliche Tätigkeit als „Siebener“ heute nicht stattfinden.

Dies soll nun im Rahmen des jährlichen Grenzgangs mit den Siebenern am 2. Juni nachgeholt werden.

TOP 02.	Bürgerfragestunde
Lfd. Nr. 161	

Sachverhalt:

Eine pandemiebedingte Zugangsbeschränkung ist seit 03.04.2022 entfallen (Sechzehnte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (16. BayIfSMV) vom 1. April 2022).

Aufgrund des örtlichen Infektionsgeschehens wird aber gebeten, eine FFP2-Maske beim Bewegen in der Halle zu tragen. Am Sitzplatz kann die Maske abgenommen werden.

In der vorgezogenen Bürgerfragestunde, die gemäß Geschäftsordnung höchstens 30 Minuten dauern darf, haben die Bürger*innen die Gelegenheit Fragen zu stellen. Diese sollen nach Möglichkeit in der Sitzung beantwortet werden.

Kann eine Frage nicht direkt beantwortet werden, soll die Antwort innerhalb von drei Wochen schriftlich erfolgen.

Die Fragen werden in die Niederschrift der Sitzung aufgenommen.

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 03.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 162	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Der Finanz- und Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 29.04.2022 den TOP

Erhöhung der Hebesätze

- Grundsteuer A und B

- Gewerbesteuer“

in den Gemeinderat vertagt. Zur Vorbereitung des Haushalts 2022, der in der Juni-Sitzung verabschiedet werden soll, ist eine Beschlussfassung hierüber unabdingbar.

Beschluss 1:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Ergänzung der Tagesordnung um TOP 7

„Erhöhung der Hebesätze

- Grundsteuer A und B

- Gewerbesteuer“

besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 04.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.04.2021 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 163	

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 12.04.2022 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 05.	Ergänzung der Tagesordnung:
Lfd. Nr. 164	Fortschreibung des Änderungsantrags zur Baugenehmigung einschl. Fortschreibung der Kostenberechnung: Änderungsantrag zu BG-2019-536: Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten 1. Erhalt und Umbau der vorhandenen Dachgauben anstelle von Dachliegefenstern 2. Abbruch von Natursteinmauern und Neuerrichtung von massiven Außenwänden mit Wärmedämmverbundsystem 3. Lageänderung von Absturzsicherungen 4. Lageänderung des Pelletlagers

Sachverhalt:

Im jour fixe am 28.04.2022 teilten Brückner & Brückner und Hoh Ingenieure mit, dass sich im Rahmen des Änderungsantrages zur bestehenden Baugenehmigung zusätzlich eine (baurechtlich genehmigungspflichtige) - im späteren Betrieb dann wirtschaftlichere - Verschiebung des Pelletlagers vom Außenbereich direkt an das Gebäude empfiehlt ; diese Änderung hat die Vorteile eines späteren Zugangs am Bestandsgebäude, eines sichereren Entnahmesystems mittels Saugsonden sowie eines kürzeren Befüllwegs bei Anlieferung der Pellets. Auch kann der vorhandene Bodenaushub für das Pelletlager verwendet werden.

Die Kosten dieser Änderung heben sich mit den bisherigen Kosten in der Gesamtschau in etwa auf.

Die geänderten Bauplanunterlagen werden der Gemeinde am 02.05.2022 übermittelt.

Auch wurde im jour fixe mitgeteilt, dass die Kostenberechnung vom 31.01.2022 (als Anlage beigefügt) im Bereich Elektro ergänzt werden muss; eine Fortschreibung der Kostenberechnung soll am 02.05.2022 der Gemeinde Theilheim übermittelt werden.

Die Planunterlagen werden sofort nach Erhalt an den Gemeinderat weitergeleitet werden.

Die Änderungen betreffen den Grundriss im Untergeschoss: Als Planunterlagen sind dem TOP zur vergleichsweisen Betrachtung beigefügt:

- Änderungsantrag zur Baugenehmigung BG 2019-536 (Auszug Grundriss Untergeschoss)
- Baugenehmigung (Auszug Grundriss Untergeschoss mit den ursprünglichen Pellettanks)

Aus den Planunterlagen Brückner & Brückner (Mail vom 02.05.2022):

Die Veränderung des Holzpelletlagers bedarf der Baugenehmigung; die Veränderung wurde deshalb in den derzeit laufenden Änderungsantrag eingearbeitet.

Durch einen kürzeren Befüllweg mit festverbauten Rohrleitungen mit Befüllöffnungen im Bereich des Jakobsbachs wird die Nachbarschaft sowie der Kindertagesstättenbetrieb bei Anlieferungen durch den Gartenbereich weniger eingeschränkt.

Die Gestaltung der Außenspielflächen werden von der Maßnahme nicht verändert.

Die Abstandsflächen werden von der Maßnahme nicht verändert.

Die Grundflächen- und Geschossflächenzahl werden von der Maßnahme nicht verändert.

Alternative Änderungsantrag zur Baugenehmigung BG 2019-536		Alternative Holzpelletlager gemäß Baugenehmigung	
Vorteile	Nachteile	Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> - Begehrbar über Bestandsgebäude - Sicheres Entnahmesystem mit Saugsonden - Kürzerer Befüllweg bei Anlieferung mit festverbauten Rohrleitungen à weniger Beschädigung der Pellets - Nutzen vorhandener Aushub für Gebäude 	Änderungsantrag	Kein Änderungsantrag	<ul style="list-style-type: none"> - Zugang über Außenbereich - Maulwurfsystem: unsichereres System gegenüber Saugsonden - Kein Nutzen von notwendigem Aushub für Gebäude - Lange Befüllstrecke für Pelletlieferanten à viel Bruch von Pellets durch Reibung der längeren Rohrleitung - Anlieferung durch Gartenbereich

Kosten Holzpelletlager:

In der Kostenberechnung I/2022 waren für die beiden Tanks 28.010,00€ netto / 33.331,90€ brutto veranschlagt (KG 400). Diese entfallen komplett, wenn man das Lager als „Bauwerk“ ausführt. Die Kosten für die Erweiterung des Kellergeschosses liegen bei 16.181,00€ netto / 19.255,39€ brutto (KG 300).

Brandschutz: Die Brandmeldeanlage im Objekt ist auf das Pelletlager zu erweitern (flächendeckende Überwachung ist sowieso notwendig), hier ist ein Wärmemelder sinnvoll lt. Rassek+Partner. Kosten lt. Ingenieurbüro Hoh und XXXXXXXXX von Rassek+Partner: ca. 500,00€ netto / 595,00€ brutto

Aushubarbeiten: Der Erdaushub würde durch den sowieso notwendigen Erdaushub für die Arbeiten an Haus 2, Neubau 2 und Haus 3 bereits größtenteils abgedeckt. Die Situation an der Grundstücksgrenze verbessert sich im Vergleich zu den bisher geplanten Tanks.

Gesamtkosten

Die aktualisierte Kostenberechnung enthält folgenden Änderungen (Angaben in brutto) bei den nachgenannten Kostengruppen (KG):

- KG 300: +19.255,39€ (Rohbau)
- KG 400: -33.331,90€ (Heizung / Lüftung / Sanitär)
- KG 400: +41.013,66€ (Elektroarbeiten)
- KG 700: + 7.003,66€ (Prozentuale Erhöhung der KG 700 / Annahme 26% der KG 200+300+400+500+600)

Die Gesamtkosten belaufen sich neu auf brutto 6.732.265,35 € (Stand 31.01.2022: 6.698.324,55 €).

Diskussionsverlauf:

Es wird kritisiert, dass die ursprüngliche Konzeption nicht von vorneherein den Planungsvorschlag zur Anordnung des Holzpelletlagers beinhaltete.

Rechtslage:

Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des 3. Tages vor der Sitzung ergänzt werden (§ 22 Abs. 1 Satz 3 Geschäftsordnung).

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt vollinhaltlich Kenntnis von der Fortschreibung des Änderungsantrags, erteilt sowohl ihr Einverständnis zur Fortschreibung der Planung auf Grundlage der Kostenberechnung vom 02.05.2022 mit neuen Gesamtkosten von 6.732.265,35 EUR, als auch das Einvernehmen nach § 36 Baugesetzbuch (BauGB).

Für das Vorhaben wird eine Ausnahme von der Veränderungssperre nach § 3 Abs. 2 der Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“ ausgesprochen (siehe auch Beschluss vom 12.04.2022, lfd. Nr. 132).

Abstimmungsergebnis: 15 : 0

Beschluss 2:

Der TOP wird bezüglich des anzuwendenden Vergaberechts in die nichtöffentliche Sitzung verlagert.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0

TOP 06.	Antrag auf Verlegung der Bürgerfragestunde der Fraktion SPD & Parteifreie Bürger
Lfd. Nr. 165	

Diskussionsverlauf:

Auf Anfrage wird der Antrag zur Verlegung der Bürgerfragestunde damit begründet, dass der Bürger nur die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung kenne, jedoch nicht die Sachvorträge. Das mache es für den Bürger schwierig. Nicht wenige Bürger würden eine Verlegung der Fragestunde wünschen.

Es sei für den Bürger auch schwierig, eine Anfrage bis zur nächsten Gemeinderatssitzung gleichsam „aufzuheben“ und erst dann zu stellen.

Alternativ könne man in Betracht ziehen, die Sachvorträge zu veröffentlichen.

Aus dem Gremium heraus wird mehrfach die Meinung vertreten, dass die bisherige Regelung beibehalten werden sollte, es wird kein Grund für einen Änderungsbedarf gesehen: Bürger könnten im Vorfeld der Sitzung Fragen stellen; der Sinn der Bürgerfragestunde liege gerade nicht darin, dass Bürger:innen nach der öffentlichen Sitzung auf eine Beschlussfassung reagieren: Nach der Beschlussfassung stehe die Sachentscheidung fest. Eine Verlegung sei daher nicht sinnvoll. Die Bürgerfragestunde in der jetzigen Form ermögliche dem Bürger proaktive Fragen ohne Bezug

auf die Tagesordnung.

Es wird darauf hingewiesen, dass seit 01.05.2020 die Bürgerfragestunde auf Empfehlung des Bayerischen Gemeindetages vor der Gemeinderatssitzung stattfindet.

Die Bürgerfragestunde werde – mit Ausnahme der Sondersitzung am 23.02.2022 – kaum ausgeschöpft.

Dem Bürger stehe es auch frei, auf einzelne Mitglieder des Gemeinderates zuzugehen.

Auf die Möglichkeit, die Bürgerfragestunde auf eine Fragestunde vor und nach der Sitzung zu splitten, wird hingewiesen.

Rechtslage:

§ 29 Satz 1 der Geschäftsordnung trifft folgende Regelung: „Die Gemeinderatssitzungen werden mit einer Bürgerfragestunde eingeleitet.“

Die Fundstelle 13/2021, Rdnr. 142 führt zum Thema „Bürgerfragestunde“ folgendes aus:

„Zulässigkeit von Wortmeldungen aus dem Zuhörerkreis einer Gemeinderatssitzung; Bürgersprechstunden und Bürgeranfragen vor der Gemeinderatssitzung

Welche Möglichkeiten hat der örtliche Gemeinderat, um Wortmeldungen aus dem Kreis der Zuhörerinnen und Zuhörer während öffentlicher Sitzungen zuzulassen?

„Aus dem Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit (vgl. Art. 52 GO) ergibt sich, dass Zuhörerinnen und Zuhörer ein Recht auf Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen haben. Es umfasst das Recht, während der Sitzung anwesend zu sein und dem Ablauf der Sitzung (Beratung und Abstimmung) zu folgen, nicht jedoch das Recht, sich zu einem Tagesordnungspunkt zu äußern oder dem Gemeinderat Fragen zu stellen.

Das schließt es aber nicht aus, dass im Einzelfall auch eine Zuhörerin oder ein Zuhörer bei der Behandlung eines Tagesordnungspunktes zu einer bestimmten Angelegenheit, insbesondere dann, wenn sie oder er selbst betroffen ist, aufgrund eines Beschlusses des Gemeinderates angehört werden kann. Zudem besteht die Möglichkeit, sachkundigen oder von einer Entscheidung besonders betroffenen Personen, die dem Gemeinderat nicht angehören, vor der Beschlussfassung ein Rederecht zu gewähren. Dies sieht zwar die Gemeindeordnung nicht ausdrücklich vor, folgt aber aus der Geschäftsordnungsautonomie des Gemeinderats (Art. 45 GO) und ist allgemein anerkannt (vgl. BayVGH, Beschluss vom 19.3.2018[1] – 4 CE 17.2472).“

Wie bewertet die Staatsregierung eine Festlegung in örtlichen Geschäftsordnungen, wonach vor Beginn von Gemeinderatssitzungen sog. Bürgersprechstunden abgehalten werden bzw. sog. Bürgeranfragen von anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern gestellt werden können?

„Die Gemeindeordnung enthält keine Regelungen zu sog. Bürgersprechstunden bzw. Bürgeranfragen durch den Gemeinderat vor Gemeinderatssitzungen. Regelungen in den Geschäftsordnungen sind jedoch grundsätzlich möglich.

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht gewährleistet den Gemeinden das Recht, ihre Angelegenheiten im Rahmen des Rechts eigenverantwortlich zu regeln. Dazu gehört auch die Einrichtung einer ‚Bürgersprechstunde‘ bzw. die Ermöglichung von ‚Bürgeranfragen‘ vor Beginn einer öffentlichen Sitzung. Wie diese im Einzelnen ausgestaltet werden, insbesondere welche Fragen zuzulassen sind, ist von den Gemeinden nach den jeweiligen Gegebenheiten zu entscheiden. Staatliche Vorgaben hierzu gibt es nicht. Es ist jedoch sicherzustellen, dass kein Widerspruch zum Grundsatz der repräsentativen Demokratie auftritt. Die Bürgerinnen und Bürger haben kein Mitberatungsrecht im Gemeinderat. **Dementsprechend sind ‚Bürgersprechstunden‘ bzw. ‚Bürgeranfragen‘ nicht während der Gemeinderatssitzung, jedoch vor oder nach dieser zulässig.** Diese sind nicht Teil der Gemeinderatssitzung, sondern stehen für sich und sind

außerhalb der Tagesordnung abzuhalten, auch wenn sie mit der Gemeinderatssitzung zeitlich zusammenhängen und im Sitzungssaal stattfinden.“

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Bürgerfragestunde ab sofort nicht mehr wie aktuell vor einer Sitzung, sondern nach der Sitzung stattfindet. Zeitliche Begrenzung: 30 Minuten.

Im Rahmen der nächsten Änderung der Geschäftsordnung ist § 29 Satz 1 zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 4 : 11

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Antrag abgelehnt.

TOP 07.	Erhöhung der Hebesätze
Lfd. Nr. 166	- Grundsteuer A und B - Gewerbesteuer

Sachverhalt:

Der TOP wurde am 29.04.2022 in der nichtöffentlichen Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vorberaten und zur Beschlussfassung in den Gemeinderat gegeben.

Erster Bürgermeister Herpich verweist zunächst auf den Sachvortrag in der Gemeinderatssitzung vom 07.12.2021 (auszugsweise):

Zur Refinanzierung und vor allem zur Aufrechterhaltung der freien Finanzspanne bietet sich die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B und für die Gewerbesteuer an.

Exkurs: Freie Finanzspanne:

Bei der Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit spielt die Entwicklung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt eine große Rolle. Dieser Betrag, mindestens bereinigt um die ordentliche Tilgung von Krediten und die Kreditbeschaffungskosten, wird oft als „Investitionsrate“ oder als freie Finanzspanne bezeichnet.

Der Beschluss über die Festsetzung oder Änderung des Hebesatzes ist bis zum 30. Juni eines Kalenderjahres mit Wirkung vom Beginn dieses Kalenderjahres zu fassen. Nach diesem Zeitpunkt kann der Beschluss über die Festsetzung des Hebesatzes gefasst werden, wenn der Hebesatz die Höhe der letzten Festsetzung nicht überschreitet. § 25 Abs. 3 Grundsteuergesetz (GrStG). Gleiches gilt für den Hebesatz Gewerbesteuer (§ 16 Abs. 3 Gewerbesteuergesetz (GewStG)).

Eine Rückversicherung bei der Überörtlichen Rechnungsprüfung ist dahingehend erfolgt, dass es für die Gemeinden möglich ist, einen Beschluss zur Erhöhung der Hebesätze mit Rückwirkung spätestens am 30.06. eines Kalenderjahres zu fassen.

Theilheim im Vergleich mit anderen bayerischen Gemeinden 2020:

	Hebesatz Grundsteuer A¹¹ Der Buchstabe „A“ steht für Agrar (für die in einer Gemeinde liegenden Betriebe der Land- und Forstwirtschaft)	Hebesatz Grundsteuer B¹¹ Der Buchstabe „B“ steht für baulich genutzten Boden (für die in einer Gemeinde liegenden Grundstücke)	Hebesatz Gewerbsteuer
Theilheim	300	300	330
Gemeinden mit 1.000 bis 3.000 Einwohnern	362,9	346,9	328,9
Gemeinden insgesamt	350,8	395,0	371,4

Welche Einnahmefaktoren bedeuten die Hebesätze für Teilheim?

	Hebesatz Grundsteuer A Einnahmen 2018	Hebesatz Grundsteuer B Einnahmen 2018	Hebesatz Gewerbsteuer Einnahmen 2018
Theilheim	18.865,02 €	171.264,89 €	287.132,10 €

Erhöhung der Kreisumlage des Landkreises Würzburg

Die Kreisumlage wurde mit Beschluss des Kreistages vom 21.02.2022 erstmals seit 2001 erhöht von 37,0 Prozentpunkten auf 39,0 Prozentpunkte.

Für die Gemeinde Teilheim bedeutet dies eine Steigerung um 88.681,92 EUR der Kreisumlage:

Kreisumlage 2021	Kreisumlage 2022
880.668,08 EUR	969.350,00 EUR

(Telefonat mit XXXXXXXX, LRA Würzburg, am 21.04.2022: Der Haushalt des Landkreises ist noch nicht rechtskräftig.)

Theilheim im Vergleich mit anderen Gemeinden (bezogen auf das Haushaltsjahr 2021)

Durchschnitt der Hebesätze für den Landkreis Würzburg:

Grundsteuer A	340
Grundsteuer B	475
Gewerbsteuer	420

Theilheim

Grundsteuer A	300
Grundsteuer B	300
Gewerbsteuer	330

Die Hebesätze der Gemeinde Theilheim sind seit dem 01.01.2001 bei der Gewerbsteuer und seit dem 01.01.2005 bei der Grundsteuer A + B unverändert.

Gerbrunn

Grundsteuer A	340
Grundsteuer B	340
Gewerbsteuer	350

Randersacker

Grundsteuer A	430
Grundsteuer B	360
Gewerbsteuer	330

In Randersacker bleiben die Hebesätze für 2022 unverändert; eine Erhöhung der Hebesätze in den kommenden Jahren ist nach Einschätzung der Kämmererin nicht angedacht.

Eibelstadt

Grundsteuer A	350
Grundsteuer B	350
Gewerbsteuer	350

In Eibelstadt wurden die Hebesätze für 2022 wie folgt erhöht:

Grundsteuer A	380
Grundsteuer B	380
Gewerbsteuer	380

Winterhausen

Grundsteuer A	360
Grundsteuer B	360
Gewerbsteuer	340

Sommerhausen

Grundsteuer A	320
Grundsteuer B	320
Gewerbsteuer	350

Rottendorf

Grundsteuer A	380
Grundsteuer B	380
Gewerbsteuer	380

Die IHK Würzburg hat auf ihrer Homepage unter

https://www.wuerzburg.ihk.de/fileadmin/user_upload/PDF/Recht_Steuer/Tabellenteil_Hebesaetze_2021.pdf eine Übersicht aller Hebesätze für den Landkreis Würzburg (und für weitere Landkreise) für das Jahr 2021 zusammengestellt; diese Information ist diesem Beschluss angefügt.

Die Steuerfestsetzungen erfolgen immer auf Basis der Grundlagenbescheide des Finanzamtes (sog. Messbescheide); dieser Messbetrag wird mit dem Hebesatz multipliziert und ergibt die jeweilige Steuer.

Beispiele für Hebesätze

	Aktuelle Bemessungsgrundlage	Hebesatz Grundsteuer A: 300 Grundsteuer B: 300 Gewerbsteuer: 330 (= aktuelle Hebesätze in Theilheim)	Hebesatz Grundsteuer A: 340 Grundsteuer B: 475 Gewerbsteuer: 420 (= Hebesätze auf durchschnittlichem Landkreisniveau Stand 2021)	Hebesatz Grundsteuer A: 405 Grundsteuer B: 370 Gewerbsteuer: 355 (= Hebesätze auf Durchschnitt Randersacker & Eibelstadt Stand 2022)
Grundsteuer A	63,33	19.000 €	21.532,20 €	25.648,65 €
Grundsteuer B	593,33	178.000 €	281.831,75 €	219.532,10 €
Gewerbsteuer	606,06	200.000 €	254.545,20 €	215.151,30 €

Hinweis:

Im Haushaltsentwurf ist eine Anhebung der Hebesätze noch nicht beinhaltet.

Diskussionsverlauf:

Es wird die Meinung vertreten, dass der Zeitpunkt im Hinblick auf die politische Lage für eine Belastung der Bürger:innen mit Steuererhöhungen schlecht gewählt sei. Eine Erhöhung müsse nicht sofort erfolgen.

Theilheim habe die Hebesätze über einen langen Zeitraum nicht erhöht – jetzt stehe eine starke Erhöhung an. Andere Kommunen würden dies nicht so handhaben: Die Gemeinde sollte maßvoll erhöhen und dies periodisch wiederkehrend über einen längeren Zeitraum - beispielsweise turnusmäßig alle 5 Jahre.

Erster Bürgermeister Herpich weist auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Hebesätze im Hinblick auf die 2022 erhöhte Kreisumlage hin; dazu wird ergänzt, dass der Kreistag lange gerungen habe: Die jetzige Erhöhung sei moderat mit 2 % ausgefallen. In der Diskussion besteht keine Einigkeit darüber, ob die Erhöhung der Hebesätze die Erhöhung der Kreisumlage insgesamt auffangen soll.

Die Hebesätze nicht zu erhöhen würde das falsche Signal setzen, es sollte allerdings moderat erhöht werden. Ein krasser Sprung wäre für den Bürger nicht nachvollziehbar.

Die Gemeinde habe 17 Jahre nicht „an der Schraube gedreht“, die Kosten seien aber gestiegen. In diesem Zeitraum sei in Theilheim auch nicht viel passiert; das sei jetzt anders.

Was die Grundsteuerreform an Belastung für den Bürger bringe, sei noch nicht absehbar. Die Gemeinde sollte zunächst beobachten, was die Änderung bringt.

Erster Bürgermeister Herpich betont, dass die Gemeinde nicht handlungsunfähig werden darf, weil sie sich legitim nicht refinanziert (<-> Einschreiten der Kommunalaufsicht). Für 2022 ist die Möglichkeit einer Beschlussfassung befristet bis 30.06.2022; eine spätere Erhöhung würde sich erst für 2023 auswirken.

Es wird zu bedenken gegeben, dass nicht die pauschale Erhöhung der Hebesätze betrachtet werden sollte, sondern die Auswirkung auf den einzelnen Grundstückseigentümer bzw. Gewerbetreibenden: Das relativiere die Erhöhungen.

An der Gewerbesteuerschraube sollte möglichst nicht gedreht werden: Theilheim habe nur wenig Gewerbetreibende. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesätze trifft die Gewerbetreibenden viel stärker.

Der Gemeinderat sei 2020 angetreten, um den Ort zu entwickeln, die Gemeinde habe Hausaufgaben zu machen. Dafür brauche es eine Grundlage, um Dinge finanzieren zu können. Sonst würde dies Schulden für die Gemeinde bedeuten.

Auf das Anspruchsdenken des Bürgers mit den damit verbundenen Ausgaben und die notwendige Refinanzierung wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Erhöhung der Hebesätze im Ort gut kommuniziert werden muss; es sollte keine Unruhe im Dorf entstehen. Die Gemeinde sollte auch so ehrlich sein und sagen, dass es bis zur nächsten Erhöhung der Hebesätze nicht 10 Jahren dauern wird.

Beschluss 1:

Grundsatzbeschluss: Die Hebesätze werden erhöht.

Abstimmungsergebnis: 9 : 6

Beschluss 2:

Der Hebesatz Grundsteuer A wird auf 400 v. H. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 3 : 12

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss 3:

Die Erhöhung der Hebesätze soll zu einer 100-%-igen Refinanzierung der Kreisumlage führen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 9**Abstimmungsbemerkung:**

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Antrag abgelehnt.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung im Zeitraum von 20:40 Uhr bis 21:05 Uhr, in der sich die Fraktionen beraten.

Beschluss 4:

Die Gemeinde beschließt die Festsetzung folgender Hebesätze ab dem Haushaltsjahr 2022:

Grundsteuer A	390 v. H.
Grundsteuer B	395 v. H.
Gewerbesteuer	360 v. H.

Abstimmungsergebnis: 11 : 4**Abstimmungsbemerkung:**

Die Erhöhung der Hebesätze ist im Mitteilungsblatt verständlich aufzubereiten.

TOP 08.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 17.03.2022, für die die
Lfd. Nr. 167	Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Es liegen keine Beschlüsse aus der Sitzung vom 17.03.2022 vor, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

TOP 09.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 168	

TOP 09.01	Information: KfW-Zuschuss für die KITA Theilheim
Lfd. Nr. 169	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich gibt den Zuschussbescheid der KfW vom 27.04.2022 bekannt (als Anlage beigefügt): Der Gemeinde Theilheim erhält als Zuschuss EUR 443.450,00 aus dem Programm „Sanierung Effizienzgebäude 55 Erneuerbare Energien“ vorbehaltlich der Anerkennung der Bestätigung nach Durchführung (-> Abschluss der Investition und Erreichen des geplanten Effizienzgebäude-Standards durch einen zugelassenen Energieeffizienz-Experten) des Verwendungszwecks.

Die KfW hat darauf hingewiesen, dass eine Förderung des Vorhabens aus öffentlichen Mitteln maximal bis zu einer Förderquote von 60 % erfolgen darf.

Der Zuschuss wird nach beanstandungsfreier Prüfung der Bestätigung der Durchführung ausgezahlt.

TOP 09.02	Information: Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten - Einzug der Asphaltdecke im unteren Teil der Winterleitenstraße am 16. Mai 2022
Lfd. Nr. 170	

Sachverhalt:

Am Montag, den 16.05.2022 wird im unteren Teil der Winterleitenstraße, bis zum Anwesen Hausnummer 18, die Asphaltdecke eingezogen. Die Anwohner werden gebeten ihre Fahrzeuge rechtzeitig vorher aus dem Bereich zu entfernen. Nach ca. drei Tagen kann der Bereich dann befahren werden.

Die Anwohner werden diesbezüglich nochmals gesondert informiert.

TOP 09.03	Information: Terminierung Juni- Sitzung 2022
Lfd. Nr. 171	

Sachverhalt:

Der Termin der Junisitzung des Gemeinderates bleibt auf dem 7. Juni 2022.

Am ursprünglich angedachte Alternativtermin zur Präsentation des Feuerwehrbedarfsplans für die Gemeinde Theilheim am 14. Juni, sind viele Gemeinderät*innen und Feuerwehrkamerad*innen im Pfingsturlaub. Zum weiter angedachten Ausweichtermin am 21.06.2022 konnte keine Zusage des Vortragenden bis zum Sitzungsbeginn eingeholt werden.

Der Feuerwehrbedarfsplan soll nun in der Julisitzung am 12. Juli präsentiert werden.

TOP 10.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 172	

TOP 10.01	Vandalismus-Vorfälle in der Gemeinde
Lfd. Nr. 173	

Diskussionsverlauf:

Es wird nachgefragt, ob Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass in Kürze der Eingangsbereich des WCs am Bürgerpark beleuchtet sein wird.

Auf die Möglichkeit eines Kettenbriefes an die Jugendlichen wird hingewiesen: Es entstehen neue Gruppen, die von der Gemeinde „abgeholt“ werden sollten.

TOP 10.02	Skaterplatz: Anbringen eines Aschers
Lfd. Nr. 174	

Diskussionsverlauf:

Es wird gebeten, einen Ascher am Skaterplatz anzubringen.

TOP 10.03	Spielplatz am Friedhof: Abfallbehälter
Lfd. Nr. 175	

Diskussionsverlauf:

Es wird gebeten, den Standort des Abfallbehälters zu verlegen; darin befinden sich oft gefüllte Hundekotbeutel.

TOP 10.04	Skaterplatz
Lfd. Nr. 176	

Diskussionsverlauf:

Viele Jugendliche in Theilheim wissen nicht, dass es den Skaterplatz gibt. Eine Möglichkeit wäre, dort ein Fest zu feiern.

Am 21.06.2022 findet der Internationale Skateboarding-Tag statt, allerdings kurz darauf auch das Theilheimatfest, so dass die Organisation beider nahezu zeitgleichen Veranstaltungen nicht möglich ist.

TOP 10.05	Veröffentlichung von Sitzungsterminen in der Presse
Lfd. Nr. 177	

Diskussionsverlauf:

Es wird gebeten, künftig wieder für eine Veröffentlichung der Sitzungstermine in der MainPost zu sorgen, das Verfahren sei nicht aufwendig.

Erster Bürgermeister Herpich sagt zu dies zu prüfen.

TOP 10.06	Sitzungsort Gemeinderatssitzungen
Lfd. Nr. 178	

Beschluss 1:

Gemeinderatssitzungen werden künftig im Vereinsraum stattfinden, sofern das Staatliche Gesundheitsamt hierzu keine Bedenken äußert.

Abstimmungsergebnis: 14 : 1

TOP 10.07	Wasserdruck Spitzweg
Lfd. Nr. 179	

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage, ob Verbesserungen am Wasserdruck zu vermeiden sind, teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass eine Prüfung noch nicht erfolgen konnte, das Gerät ist defekt.

TOP 10.08	Reparatur einer Straßenfläche im Rahmen der Baumaßnahme Wasserleitung Bachstraße
Lfd. Nr. 180	

Diskussionsverlauf:

Es wird angeregt, die aufgefrorene Teilfläche in der Bachstraße vor dem Anwesen Hauptstraße 23 XXXXXXX im Rahmen der laufenden Baumaßnahme mit zu erneuern.

TOP 10.09	Jakobstalhalle: Defibrillator
Lfd. Nr. 181	

Diskussionsverlauf:

Es wird – unter Hinweis auf viele Sportveranstaltungen - daran erinnert, dass an der Halle ein Defibrillator angebracht werden sollte.

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass ein entsprechender Förderantrag bereits gestellt wurde.

TOP 10.10	Interims-KITA: Straßenmarkierungen
Lfd. Nr. 182	

Diskussionsverlauf:

Auf Anfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass es witterungsbedingt noch nicht möglich war, die Straßenmarkierungen aufzubringen; dasselbe gilt für die noch fehlende Beschilderung.

TOP 10.11	Aushangkasten Kilian-Wallrapp-Straße / Dümpfelstraße
Lfd. Nr. 183	

Diskussionsverlauf:

Es wird darauf hingewiesen, dass veraltete Informationen aushängen.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma, GLBin
Schriftführerin